

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Leipzig, des Polizeipräsidenten Leipzig und des Stadtrats zu Großsch.

Bezugspreis mit illustrierter Beilage Volk und Zeit für einen Monat einschließlich Bringerlohn 2.- Mark, für Selbstabholer 1,00 Mark. — Durch die Post bezogen 2.- Mark ohne Beleggeld. — Die Einzelnummer kostet 20 Pfg. Telefon Sammelnummer 72208 — **Postcheckkonto Leipzig Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 72208. — **Berlin in Leipzig.**
Tauchaer Straße 19/21 — **Telefon** 72208

Inseratenpreise: Die 10 Gelpast. Kolonelle 35 Pfg., bei Platzvorrat 40 Pfg. Stellenangebote 10 Gelp. Kolonelle 25 Pfg. Familienanzeigen von Privaten die 10 Gelp. Kolonelle mit 50% Nachsch. Kellameisse 2 Mk. Inserate v. ausm. die 10 Gelp. Kolonelle 40 Pfg. bei Platzvorrat. 50 Pfg., Kellameisse 2.25 Mk.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen

Rückkehr der deutschen Delegation.

Einzelheiten über die Verträge.

SPD. Paris, 18. Oktober.

Die offizielle Havas-Agentur gibt die wesentlichsten Details der zustandekommenen Verträge in folgendem Resume wieder:

Den tragenden Pfeiler des in Locarno aufgerichteten diplomatischen Gebäudes bildet der Rheinlandpakt. In einer sehr kurzen Einleitung gaben die fünf Signatarmächte dem Wunsch Ausdruck, die Sicherheit der von der Geißel des letzten Krieges betroffenen Völker sowie den Respekt vor dem Frieden in den Gegenden Europas sicherzustellen, die seit Generationen der Schrecken zahlreicher Konflikte gewesen seien. Der Vertrag gliedert sich in zehn Artikel. Er garantiert zunächst den territorialen Status quo, die Unverletzlichkeit der Grenzen zwischen Deutschland, Frankreich und Belgien sowie die Aufrückhaltung der Demilitarisierung der Rheinlandzone. Deutschland, Belgien und Frankreich verpflichteten sich dann gegenseitig, sich nicht anzugreifen und unter keinen Umständen Krieg miteinander zu führen. Die beiden einzigen Ausnahmen davon bildete der Fall der legitimen Verteidigung bei flagranter Verletzung der vorstehenden Verpflichtung sowie die auf Grund eines Beschlusses des Völkerbundes oder auf Grund der Artikel 15 und 16 der Völkerbundsatzung erfolgende Aktion gegen einen angreifenden Staat. Ausschließlich in Übereinstimmung mit diesen Artikeln sei auch die Garantie wirksam zu werden bezuhen, die sich Frankreich, Polen und die Tschechoslowakei durch spezielle Verträge gegen eine eventuelle Verletzung ihrer Grenzen gaben. Alle Konflikte rechtlicher Art seien richterlichen Instanzen, die Differenzen anderer Art einem Schlichtungsausschusse zu unterbreiten mit ausdrücklichem Berufungsrecht an den Völkerbundsrat. Im Falle einer Vertragsverletzung habe die betroffene Macht den Völkerbund anzurufen, und auf Grund der von diesem gefällten Entscheidung hätten die Signatarmächte jener unverzüglich zu Hilfe zu eilen. Die gleiche Prozedur finde Anwendung, wenn eine der beteiligten Mächte entweder die Schiedsrichterliche Regelung ablehne oder die Ausführung des gefällten Spruchs verzögere. Der Sicherheitspakt beinträchtigt weder die Bestimmungen des Versailler Vertrages noch die zu dessen Ergänzung getroffenen Abmachungen, noch die den einzelnen Mächten aus ihrer Mitgliedschaft im Völkerbunde erwachsenen Rechte und Pflichten. Die Verpflichtungen des Garantiepaktes, der erst nach dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund in Kraft trete, erstreckten sich nicht auf die englischen Dominien.

Außer dem Pakt und den vier Schiedsgerichtsverträgen, die sämtlich beim Sekretariat des Völkerbundes deponiert werden sollten, sei am Freitag von der englischen und französischen Regierung eine Erklärung unterzeichnet worden, die unter Vorbehalt des dem Völkerbunde zustehenden Rechtes, den Artikel 16 seiner Satzung zu interpretieren, die Anerkennung enthalte, daß auf Grund des Artikels 10 dieser Satzung die unter den Mitgliedsstaaten des Bundes im Falle eines Angriffes oder einer Angriffsgefahr geforderte Hilfeleistung mit deren Mitteln zur Durchführung dieser Verpflichtung im Einklang stehen müsse. Endlich seien noch zwischen den Delegierten Polens und der Tschechoslowakei und dem Vertreter Frankreichs gegenseitige Garantieverträge unterzeichnet worden, in denen diese sich zu einer Intervention verpflichteten, falls eine von ihnen angegriffen werden sollte. Diese beiden Abmachungen seien im Schlußprotokoll nicht ausdrücklich erwähnt, aber auch sie seien Deutschland offiziell zur Kenntnis gebracht worden und würden beim Sekretariat des Völkerbundes deponiert werden.

Aus dieser zweifelslos von autorisierter Seite stammenden Darstellung geht hervor, daß die Konzessionen, die von alliierter Seite in wesentlichen Punkten dem deutschen Standpunkte gemacht worden sind, doch sehr viel bedeutsamer sind, als bisher von der französischen Presse zugegeben worden ist. Von besonderer Wichtigkeit dürfte insbesondere die Tatsache sein, daß die französische Garantie der stillen Schiedsverträge eine Formulierung erhalten hat, die dem von Deutschland dagegen erhobenen Protest in einem sehr weiten Umfange Rechnung trägt.

SPD. Berlin, 19. Oktober.

Die deutsche Delegation ist am Sonntag nachmittag um 1,20 Uhr aus Locarno auf dem Anhalter Bahnhof in Berlin eingetroffen. Die Ankunft war freudig und geheim gehalten und verlief nahezu unbemerkt. Als Vertretung der Reichsregierung hatte sich Reichsarbeitsminister Braun, für das preußische Staatsministerium Staatssekretär Weismann eingefunden, ferner waren neben den Mitgliedern des Auswärtigen Amtes und der Reichskanzlei zum Empfang erschienen die Botschafter Großbritanniens und Frankreichs, die Gesandten Belgiens und der Tschechoslowakei und ein Vertreter des Kuntius.

Der Reichskanzler und der Reichsaussenminister wurden von den diplomatischen Vertretern herzlich begrüßt und der englische Botschafter Lord d'Herby hielt folgende Rede:

„Ich bin ausdrücklich von Herrn Chamberlain beauftragt, Sie zum Erfolg der Konferenz in Locarno zu beglückwünschen und zum Ausdruck zu bringen, daß Herr Chamberlain immer mit Freude an das erstmalige Zusammentreffen in Locarno und an den Geist der Aufrichtigkeit und Offenheit zurückdenken wird, den die deutschen Delegierten den Erörterungen aufgeprägt haben. Der deutschen Regierung wird immer die Ehre bleiben, die Initiative ergriffen zu haben, welche zum Vertrag von Locarno geführt hat.“

Lord d'Herby fügte hinzu, daß der englische Außenminister überzeugt sei, die in Locarno getroffenen Abmachungen würden ein Wendepunkt der europäischen Geschichte werden. Er gab der Zuversicht Ausdruck, daß die persönlichen freundschaftlichen Beziehungen, die zwischen der britischen und der deutschen Delegation entstanden sind, sichere Anzeichen neuer Beziehungen zwischen den beiden Völkern sein mögen.

Reichskanzler Dr. Luther und Außenminister Dr. Stresemann sprachen dem Botschafter ihren Dank für die freundlichen Worte der Begrüßung aus und versicherten, daß auch die deutsche Reichsregierung dieselben Hoffnungen für das Paktvertragswerk von Locarno hege.

Im Laufe des Nachmittags erschien der amerikanische Botschafter beim Reichsaussenminister, um Stresemann persönlich seinen Glückwunsch zum Ergebnis der Konferenz auszusprechen.

Nachmittags um 5 Uhr erschien der Reichskanzler beim Reichspräsidenten von Hindenburg, um ihm einen ersten Bericht über das Ergebnis der Konferenz von Locarno zu erstatten. Eine ausführliche Berichterstattung durch den Reichskanzler und den Reichsaussenminister wird in dem auf heute vormittag 10 Uhr angelegten Kabinettsrat erfolgen.

Berlin, 19. Oktober.

Zum heutigen Kabinettsrat meldet der Montag, daß es in dieser Sitzung zu irgend welchen Beschlüssen nicht kommen werde, da die vorgelegenen ausländischen Referate des Reichskanzlers und des Außenministers das Kabinett hinreichend beschäftigen würden. Reichspräsident Loebe hat nach Bekanntwerden des Abschusses der Konferenz von Locarno mitgeteilt, daß er in den letzten Tagen des Oktober Amerika verlassen und in den ersten Tagen des November in Berlin eintreffen werde. Dann dürfte auch die Frage der etwaigen früheren Einberufung des Reichstages, der nach den letzten Bestimmungen am 15. November wieder zusammentreten soll, akut werden.

Ein sozialistischer Ueberfall.

SPD. Locarno, 17. Oktober.

Am Sonnabendnachmittag ereignete sich auf einem belebten Platz in Locarno ein schwerer Zwischenfall. Ein italienischer Faschist, der sich in Begleitung von einem halben Duzend eleganter Schwarzweiden befand, griff den Reaktor des Pariser Linksradikalen Blattes Dewre, Herrn Barde, tätlich an. Der italienische Konsul hat sich bei der französischen Delegation entschuldigt, indem er behauptete, der Täter gehöre weder zu den offiziellen noch zu den sozialistischen Kreisen der Konferenz. Es ist möglich, daß der Zwischenfall noch weitere Folgen hat.

Um die Kriegsschuldfrage.

SPD. Locarno, 17. Oktober.

Der Sonderkorrespondent des Sozialisten in Locarno hatte zum Schluß der Konferenz eine Unterredung mit dem belgischen Außenminister Genossen Vandervelde, dessen ausgleichende Tätigkeit im Laufe der Verhandlungen wesentlich zu dem Erfolg beigetragen hat. Auf die Frage, welche Gesamtbedeutung er dem glücklichen Ausgang der Konferenz und den getroffenen Abmachungen beilege, erwiderte Vandervelde:

„Die Gesamtheit der Dokumente, die in der Geschichte den Namen Vertrag von Locarno tragen werden, ist zu gleicher Zeit ein Abschluß und ein Ausgangspunkt: Der Abschluß einer Verhandlung, von der der internationale Sozialismus sagen darf, daß er die Initiative dazu ergriffen hat. Diese Aktion ist seit fünf Jahren durchgeführt worden gegen alle möglichen Widerstände, die anfangs ebenso hartnäckig waren, als sie heute gemildert und entmündigt sind. Der Ausgangspunkt zu neuen Verhandlungen, die durch die moralische und materielle Entwertung einem Endziel aufstrebten, das Briand zum Schluß der Konferenz nicht zögerte, klar zu kennzeichnen. Die Schaffung der Vereinigten Staaten von Europa.“

Auf die Frage, ob im Laufe der Konferenz die sogenannte „Kriegsschuld“ von der deutschen Delegation aufgeworfen worden sei, antwortete Vandervelde: „Diese Frage bildete in keinem Augenblick den Gegenstand einer Debatte.“

Der Marokkokrieg.

Kampferzucht.

WAB. Madrid, 16. Oktober

Der amtliche Bericht über die Lage an der spanischen Marokkokontfront erklärt, daß von keinem Abschnitt irgendwas zu melden sei, und vermeldet lediglich eine Inspektionsreise des Generals Sanjurjo nach dem Zeltlager von Abdj.

WAB. Paris, 16. Oktober.

Havas berichtet aus Biserta: Zwei Torpedoboote und zwei Unterboote sind zu einer mehrtägigen Kreuzfahrt nach der algerischen Küste ausgelaufen.

Paris, 17. Oktober.

Eine Havas-Meldung aus Tetuan über die Lage in Marokko besagt: Die Abteilung Fondak hat trotz starker Regengüsse alle ihre Stellungen mit Lebensmitteln und Munition wieder versorgt. Wasserflugzeuge haben am Ufer des Wed Gwis beträchtliche Trepananstellungen festgestellt, sie bombardiert und zerstört. Wie eine Havas-Meldung aus Melilla besagt, ist zwischen Al Tetanja und der benachbarten französischen Stellung eine Telefonverbindung hergestellt worden.

Die Beschlüsse von Locarno.

Noch liegen sie nicht im Wortlaut vor. Während Dr. Stresemann und Dr. Luther auf der Rückreise nach Deutschland waren, den „Frieden von Locarno“ in den Kartenmappen, bestiegen die Reichskriegler in ungekehrter Richtung die Eisenbahnzüge, um in Leipzig für den Krieg zu demonstrieren. Die Vertreter der deutschnationalen Reichsregierung setzten ihre Anfangsbuchstaben unter einen Vertrag, der ungefahr das gleiche erstrebt, was Walter Rathenau auf der Konferenz von Genua verfolgte hatte. Nur daß Rathenau den Augen der Hakenkreuzler erlag, die noch heute im Kielwasser der Deutschnationalen segeln. Daraus ergibt sich das Paradoxe der Situation, die durch die Entscheidungen von Locarno geschaffen wurde.

Wie sich die Deutschnationalen mit den Beschlüssen der Minister ihres Kabinetts abfinden werden, ist ihre ureigenste Angelegenheit. Leicht wird es ihnen nicht fallen, den endgültigen Verzicht auf Elsaß-Lothringen zu unterschreiben. Uns interessieren zunächst die Auswirkungen, die die Beschlüsse von Locarno für das sozialistische Weltproletariat haben werden. Wird Locarno jener Markstein des Friedens sein, von dem auch Teile der sozialistischen Presse mit Begeisterung schreiben? Zunächst steht fest, daß in Locarno, mit Ausnahme von Vandervelde, die Abgeordneten der Kapitalistenklassen saßen, und daß damit ihren Entscheidungen entsprechend Grenzen gezogen waren. Wir wissen auch, daß die Konferenz von Locarno durch den Außenminister des englischen Kabinetts, den konservativen Chamberlain, eingeleitet worden ist. Er war der Inspirator der Note, die Stresemann im Februar dieses Jahres an Frankreich richtete und während all der Auseinandersetzungen, die wochenlang zwischen England und dem französischen Kabinett gepflogen wurden, verlungerte Chamberlain die britischen Weltmächtsinteressen wahrzunehmen.

Das englische Imperium ist über die ganze Erdoberfläche verstreut, und jedermann weiß, daß durch das Erwachen der Nationen in Asien und Afrika dem englischen Mutterlande andauernd neue Schwierigkeiten erwachsen. Aus den Beziehungen des Mutterlandes zu den Dominien ergeben sich die Richtlinien der englischen Weltpolitik, und es verzieht sich nebenher, daß auch die Beziehungen Englands zu den europäischen Kontinentalstaaten durch die Schwierigkeiten in den Kolonialländern beeinflusst werden. Zwar haben diese Zusammenhänge auf der Tagung in Locarno — wenigstens soweit das die Berichte erkennen lassen — keine entscheidende Rolle gespielt. Wer aber die Schätze der britischen Außenpolitik auch nur einigermaßen kennt, wer weiß, wie weitschauend dort von jeher gearbeitet wurde, der kann sich des Gedankens nicht erwehren, daß der Pakt von Locarno den Interessen der britischen Weltpolitik dienen soll. Wir haben auf die Gegenläufige zwischen England und Rußland, die sich in Asien ergeben, hinreichend oft hingewiesen. Sowjet-Rußland, beziehentlich die dritte Internationale liefert den erwachenden Völkern Asiens die Ideologie im Kampfe gegen ihre bisherigen Bedrücker, und damit ist der Gegensatz zwischen England und Sowjet-Rußland ohne weiteres gegeben.

Das Ziel der Bestrebungen Chamberlains ging dahin, durch die Bereinigung der Gegensätze im Westen Europas die deutsche Regierung in den Völkerbund hineinzumandrieren. Das ist ihm gelungen. Auch die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, wie die anderen führenden Parteien der Sozialistischen Internationale haben auf den Eintritt in den Völkerbund immerdar gedrängt. Welche Auffassung wir dem Völkerbund gegenüber einnehmen, ist in anderem Zusammenhang oft erläutert worden. Der Eintritt wird vollzogen, freilich unter anderen Voraussetzungen, als wir das forderten.

Die Konferenz von Genua stand unter der unsichtbaren Leitung des anglo-amerikanischen Finanzkapitals, und die Lösung, die im vergangenen Jahre in London gefunden wurde, der Dawes-Pakt, war der wirtschaftliche Unterbau der Beschlüsse, die jetzt politisch am Ufer des Lago Maggiore umgrenzt worden sind. Die Mehrheit des deutschen Volkes hat keinerlei der Dawes-Lösung zugestimmt, obwohl die Sozialdemokratische Partei stets betonte, daß das eine rein kapitalistische Lösung sei. Die Beschlüsse von Locarno sind das folgende Ergebnis der Entwicklung, die durch die Dawes-Lösung als Etappe gekennzeichnet wird. Das anglo-amerikanische Finanzkapital verstrebt, die wirtschaftlichen Ergebnisse des Dawes-Paktes in politische Münze umzuwerten. Daraus ergibt sich der rein kapitalistische Charakter der Verträge, die am Freitag paraphiert worden sind, von selbst, und damit sind gleichzeitig auch die Reserven gegeben, die das Proletariat notwendigerweise machen muß.

Allein die letzten beiden Jahrzehnte haben zur Genüge gezeigt, was von derartigen Verträgen zu halten ist. Sie werden ein feines wertloses Papier in dem Augenblick, wo sich durch eine Veränderung der wirtschaftlichen Beziehungen der Kapitalistenklassen zueinander neue Kräftegestaltungen herausentwickeln haben. Schon darum kann den Beschlüssen von Locarno keine überragende Bedeutung beigemessen werden, wenn nicht das Proletariat versteht, seine Einflüsse auf die Gestaltung der Politik der Vorkämpfer entsprechend geltend zu machen. Das deutsche Industriekapital ist an dem Abschluß zu den Staaten des anglo-amerikanischen Finanzkapitals